

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verhalten und Verbreitung: Prag II., Křižkova 18. • Križky: 26705, 31460. • (Nachdruckverbot): 26707 • Drukřetani: 57544

11. Jahrgang.

Samstag, 12. Dezember 1931

Nr. 289.

## Noch keine Einigung über den Mieterchuß.

Prag, 11. Dezember. Heute vormittags trat der Wohnungsausschuß der koalitierten Parteien neuerdings zu einer Beratung zusammen, die sich mit der geplanten provisorischen Verlängerung des bestehenden Mietergesetzes befaßte; ein positives Ergebnis wurde trotz mehrstündigen Verhandlungen jedoch nicht erzielt. Mit der Angelegenheit befaßte sich dann auch die Regierung.

Montag vormittags wird neuerdings eine Beratung dieser Wohnungskommissionen einberufen werden. Sollte es hier zu einer Einigung kommen, dann soll die diesbezügliche Vorlage noch am selben Tag im Parlament eingebracht werden.

## Ministerrat.

Prag, 11. Dezember. (Amstsch.) In der heute nachmittags abgehaltenen Sitzung des Ministerrates wurden einige Vorlagen für die Nationalversammlung angenommen, u. a. das Abkommen über die Vereinfachung einiger Normen über den internationalen Ausverkehr und das Zusatzabkommen zum Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Ferner wurden die Regierungsverordnungen über die Weitergewährung von Zenerungszulagen zu den Unfallrenten, über die Höhe des Sanitätszuschlages und über die Abgaben von Amtshandlungen in Verwaltungangelegenheiten (alle drei erwähnten Verordnungen werden für das nächste Jahr verlängert) und außerdem die Verordnung über die Durchführungsbefugnisse zum Gesetz über die Jugendstrafgerichtsbarkeit durchbetrieben.

Es wurden die notwendigen Dispositionen für die weitere Fortsetzung der Unterstützungsaktionen für die Arbeitslosen für die nächste Zeit getroffen.

Gebilligt wurden die Vorschläge betreffs der Richtlinien für die Pensionierung, die Beförderung und Aufnahme neuer Kräfte im Staatsdienst. In gleicher Weise wurden die Beschlüsse für die Durchführung des Gesetzes über den Weihnachtsbeitrag erlassen.

Der restliche Teil der Sitzung war der Beratung laufender Angelegenheiten der Tagesordnung auf dem Gebiete der Verwaltung und der Wirtschaft sowie Personalangelegenheiten gewidmet.

Zur Frage der vom Ministerrat festgesetzten Minimalhöhe des Weihnachtsbeitrages für die Staatsangestellten erhielt das amtliche Pressebüro: In den eben erlassenen Richtlinien wurde das Minimalmaß der Weihnachtsbeiträge bei lebenden Angestellten ohne Erziehungsbeitrag auf 200 K, bei verheirateten Angestellten ohne Erziehungsbeitrag auf 250 K und bei Angestellten mit Erziehungsbeitrag auf 300 K festgesetzt. Gleichzeitig wurden auch die Richtlinien für die Auszahlung von Weihnachtsremunerationen an die nicht pragmatischen Angestellten erlassen, auf die sich das Gesetz über den Weihnachtsbeitrag nicht bezieht.

## Amerika wartet das Ergebnis von Basel ab.

Washington, 11. Dezember. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß die Aufnahme der Tätigkeit der hiesigen Kriegsschuldenkommission von den Baseler Verhandlungen abhängig sei, denn erst wenn festgestellt sei, auf welchen Beitrag an Reparationen die alliierten Regierungen verzichten müssen, könne hier die Zahlungsfähigkeit der Schuldner Amerikas geprüft werden. Im Interesse sowohl Deutschlands als auch einer spanischen Einstellung der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber einer Reduktion der alliierten Schulden hoffe man daher, daß in Basel bald eine vernünftige Regelung erzielt werde, welche darthue, daß alle Regierungen und alle Völker im Interesse einer Rückkehr zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen Eifer zu bringen bereit seien.

## Rücktritt des japanischen Kabinetts

Tokio, 11. Dezember. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die Krise scheint mehr durch finanzielle und wirtschaftliche Ursachen als durch die diplomatische Lage beschleunigt worden zu sein. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Politik Japans gegenüber China eine Änderung erfährt.

## Die spanische Verfassung endgültig angenommen und publiziert.

Madrid, 11. Dezember. Das Amtsblatt veröffentlicht den Text der jetzt angenommenen Verfassung und hebt deren Hauptpunkte hervor:

1. Trennung der Kirche vom Staate.
2. Die Staatskontrolle über das gesamte Schulwesen.
3. Die Ausweisung des Jesuitenordens aus Spanien und die Verstaatlichung seines Eigentums.
4. Keinerlei Subventionen und Unterstützungen für die Geistlichkeit nach Ablauf von zwei Jahren.
5. Das Parlament besteht aus einer einzigen Kammer.
6. Das allgemeine Wahlrecht sowohl für Männer, als auch für Frauen.

## Patentstreit-Ultimatum an das heftische Zentrum und dessen Antwort.

Die heftischen Nationalsozialisten haben an das heftische Zentrum folgende Bedingungen zur Frage der Regierungsbildung in Dessen gestellt:

1. Die Zahl der Minister wird auf einen — den Staatspräsidenten — beschränkt. Der Staatspräsident wird von der R. S. D. A. P. gestellt. 2. Sämtliche Ministerien werden zu einem, nämlich dem Staatsministerium, mit je einer Abteilung für Inneres, Finanzen, Justiz und Bildung vereinigt. 3. Sämtliche Staatsratsstellen werden sofort gestrichen. 4. Die heftische Befehlskraft beim Reich wird aufgehoben und durch eine mit einem höheren Beamten besetzte Geschäftsstelle ersetzt. 5. Alle Parteibüchereien ohne die vorgeschriebene Hochbildung werden sofort ohne Rücksicht entlassen. 6. In der Zentralstelle werden — im Sinne des Statutens des Reichsparlaments — zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf mittlere Behörden verteilt. Zahlreiche Stellen werden teils sofort, teils mit der Durchführung der Verwaltungsreform gestrichen. 7. Das Gehalt des Staatspräsidenten wird auf 12.000 Mark im Jahr festgelegt. 8. Die Ministerpensionen und die Höchstgehälter und Höchstpensionen in Staat und Gemeinden werden in dem Maßstabe herabgesetzt, daß das Höchstmaß 12.000 Mark im Jahre ausmacht. 9. Die Zahl der Abgeordneten des heftischen Landtages wird auf 30 herabgesetzt. 10. Die Bezüge der Abgeordneten des heftischen Landtages werden auf den Betrag der wirklichen Ausgaben herabgesetzt. 11. Die Kultur- und Schulpolitik wird sowohl auf eine christlich-nationale Grundlage eingestellt und hat sofort den schärfsten Kampf gegen Schwind und Schand und gegen die marxistisch-jüdische Kulturzerstörung aufzunehmen. 12. Die heftische Regierung tritt im Reichsrat für eine Politik des entschiedenen nationalen Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für jede Möglichkeit eines aktiven Freiheitskampfes ein.

In der Antwort des Zentrums heißt es nun u. a.:

Die Zentrumspartei muß ein Zusammenarbeiten mit der NSDAP an folgenden Bedingungen knüpfen, ohne deren Erfüllung weder die Verfassung gewahrt noch die öffentliche Ordnung gesichert bliebe!

Die NSDAP Hessens versichert öffentlich, daß sie während ihrer Mitwirkung in der Regierung die Legalität in allen ihren Handlungen wahren, allen Pflichten entgegenzutreten und an ihrer Durchführung mitzuwirken, soweit nicht Vorschriften der heftischen Verfassung oder der Reichsverfassung entgegenstehen.

Die heftische Verfassung spreche gegen die vorgeschlagene Regelung der Stellung des Staatspräsidenten und Staatsministeriums. Sollte sich gleichwohl eine Regelung dieses Vorschlages ermöglichen lassen, die mit der heftischen Verfassung in Einklang gebracht werden kann, so würde eine solche Neuerung in der staatsrechtlichen Hinsicht der zu ernennenden Persönlichkeiten. Der Staatspräsident müßte dann parteipolitisch unabhängig sein.

7. Autonome Kreisregierungen für jene Kreise, die ihre eigene hochstehende Kultur besitzen, so z. B. Katalanien, und das Land der Basken.

8. Die Macht des Präsidenten der Republik, die Kammerstätigkeit einzustellen oder die Kammer aufzulösen.

## Präsident Zamora.

Madrid, 11. Dezember. Der erste Präsident der zweiten spanischen Republik, Alcalá Zamora, wird heute um 14 Uhr 30 Minuten in feierlicher Weise durch Mitglieder des Präsidiums der Nationalversammlung in das Kammerpalais geleitet werden, wo er den Eid auf die Verfassung ablegen wird. Der Präsident wird auf die Dauer von acht Jahren gewählt.

Punkt 5 würde in der vorgeschlagenen Verfassungsgewidrigkeit Maßnahmen führen. Er könnte infolgedessen nur insoweit in Frage kommen, als er der Verfassung nicht widerspricht.

In Punkt 11 verweist das Zentrum auf seine Richtlinien. (Die eine weitgehende Übereinstimmung mit der heftigen christlichen Formalisierung dieses Punktes ermöglichen. Amstsch. Red.)

In Punkt 12 stellt die Zentrumspartei in voller Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Reichsregierung für eine Politik fest, die dem deutschen Volke innere und äußere Arbeit, Jugenderziehung und Weiterbildung schaffen und fördern wird. Daraus ergibt sich die selbstverständliche Notwendigkeit für eine heftische Regierung, die Außenpolitik der Reichsregierung intensiv zu unterstützen.

## Reichstanzler-Rede vor den Auslands-Journalisten.

Berlin, 11. Dezember. Die „Vossische Zeitung“ berichtet Einzelheiten aus der Rede des Reichstanzlers Dr. Brüning vor den Berliner Auslandsjournalisten. Der Kanzler erklärte, gegenüber den Neuerungen nationalsozialistischer Führer könne die Reichsregierung nur immer wieder versichern, daß sie bei aller Sorge, mit der sie das Umsichgreifen des Radikalismus beobachtet, die Jügel fest in der Hand halte. Er sei überzeugt, daß die Welt mit einem Schlage die Gefahr des Nationalsozialismus beseitigen könnte, wenn sie Deutschland so helfen würde, wie es seines Erachtens auch vom menschlichen Standpunkt aus notwendig wäre. Mit starker Betonung wiederholte der Reichstanzler die Behauptung, daß die deutsche Regierung Staatskapitalismus oder Planwirtschaft betreibe. Die deutsche Regierung beabsichtige nicht, wenn sie sich auch in gewisser Weise auf die Vorgänge in England habe einstellen müssen, Dumping zu betreiben. Ueber die Reparationsfrage sagte Dr. Brüning u. a., in dem Augenblick, wo Deutschland nichts mehr geliehen bekommt und die Reparationen durch Warenüberschüsse bezahlen muß, werden die Reparationszahlungen entweder die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen oder es wird sich die Unmöglichkeit der Zahlungen erweisen.

## Auch Frankreichs Arbeitslosenziffer steigt.

Paris, 11. Dezember. Bei der Debatte über die Arbeitslosigkeit erklärte Arbeitsminister Landry in der Deputiertenkammer, daß die amtliche Statistik diese Woche 104.000 gänzlich Arbeitslose, welche Unterstützung beziehen, aufweise. Die Gesamtzahl der gänzlich Arbeitslosen schätzt der Minister auf 300.000. Die Zahl der teilweisen Beschäftigten schätzt er auf 2,5 Millionen bei einer Gesamtzahl von 6.800.000. Die Lage, sagte der Minister, ist schlecht und wird von Woche zu Woche schlechter. Sie ist aber bei weitem nicht so schlecht, wie z. B. in Deutschland, England oder in den Vereinigten Staaten. Die Regierung hat die Arbeitslosenunterstützung von 33 auf 50 Prozent erhöht und will sie in einigen Fällen noch erhöhen. Die Unterstützungsdauer, die von 120 auf 180 Tage erhöht wurde, wird noch verlängert werden können.

## Die Arbeitslosenarmee wächst!

Wie ein Marmeladekuchen wirkt die Nachricht des Ministeriums für soziale Fürsorge, daß die Zahl der bei den Arbeitsvermittlungsanstalten gemeldeten, nicht untergebrachten Arbeitsbewerber, also die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen im Laufe des Monats November von 253.518 auf 336.874, also um 83.356 Personen gestiegen ist.

Welche Verschärfung der Wirtschaftskrise das bedeutet, geht daraus hervor, daß im letzten Jahre der guten Konjunktur 1929 die Zahl der Arbeitslosen — worunter stets die statistisch erfaßten zu verstehen sind — im Juli bis auf 32.701 heruntergegangen war. Seitdem wächst die industrielle Reservearmee, wie Marx das Heer der Arbeitslosen genannt hat, ununterbrochen. Am Anfang des Jahres 1930 zählte man 73.891 arbeitslose Menschen, am Ende 1930 239.564, es hatte sich also im Laufe des Jahres 1930 die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdreifacht. Am größten war die Arme der Arbeitslosen im Feber 1931, nämlich 343.972. Im Sommer ging die Zahl der Arbeitslosen infolge Beschäftigung der Saisonindustrie, vor allem des Baugewerbes und der damit zusammenhängenden Erzeugungszweige, sowie der Erntearbeiten zurück und fiel bis zum Juli auf 210.908. Seitdem ist ein neuerliches Ansteigen zu beobachten: im August wurden 215.040, im September 228.357, im Oktober 253.518 und im November — wie bereits erwähnt — 336.874 Arbeitslose gezählt. Niemals seit dem Bestande der Tschechoslowakischen Republik hat es im Monat November so viel Arbeitslose gegeben wie heuer. Selbst im schlechtesten Winter 1930-31 gab es im November nur 155.203 Arbeitslose, also weniger als die Hälfte der im heutigen November gezählten Arbeitslosen. Was wir im heutigen Winter zu erwarten haben, möge man daraus schließen, daß vom November 1930 bis zum Feber 1931 die Arbeitslosenziffern von 155.203 auf 343.972 gestiegen ist. Ein ähnliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit haben wir auch heuer zu erwarten, wenn der Frost die Bauaktivität zum Erlahmen bringen wird und da die Schwerindustrie unserer Exportindustrien immer mehr leidet. Es ist zu befürchten, daß die Zahl der arbeitslosen Menschen in diesem katastrophalen Winter auf nicht viel weniger als eine halbe Million steigen wird. Im November des Vorjahres betrug die Zahl der arbeitslosen Arbeiter etwa fünf Prozent der Gesamtbeschäftigten, im heutigen November schon zehn Prozent und wird im Feber wenigstens fünfzehn Prozent betragen. War voriges Jahr um diese Zeit jeder zwanzigste Arbeiter arbeitslos, so ist es jetzt bereits jeder zehnte und wird es bald jeder siebente sein! Waren der Hunger und das Elend schon voriges Jahr schier unerträglich — unsere Leser erinnern sich an die Schilderungen des Arbeitslosenelends im deutschen Gebiet, die wir seinerzeit gebracht haben — so ist es heuer noch größer und wird uns qualvoller von den betroffenen Menschen empfunden, als alle Hoffnungen, der Winter 1930-31 werde der letzte Krisenwinter sein, zerschanden geworden sind.

Daß die Arbeitslosigkeit bei uns im heutigen Winter größer ist als im vorigen, dieses Schicksal haben wir mit allen anderen Industrieländern gemein. Gab es im vorigen Jahr in den Industrieländern der Welt zwanzig Millionen Arbeitslose, so wird es heuer dreißig Millionen geben und zureffen wird, was der französische Gewerkschaftsführer Roubaux jüngst erklärt hat, daß an hundert Millionen Menschen (Arbeiter und ihre Familienangehörigen) unmittelbar unter den Wirkungen der Arbeitslosigkeit leiden werden, daß wir es also mit der schwersten Katastrophe zu tun haben, welche

der Kapitalismus je über die Menschheit gebracht hat.

Im Laufe des Jahres 1931 hat sich die Weltwirtschaftskrise außerordentlich verschärft, insbesondere ist eine Krise des kapitalistischen Kreditystems eingetreten, wie sie noch nie da war. Die Industrie kann an die Banken die Schuldsinsen nicht bezahlen, die im Besitze der Banken befindlichen Aktien sinken immer mehr, viele Banken — wie erinnern an Bankenzusammenbrüche in Oesterreich, Deutschland, Rumänien, Italien, in der Schweiz, in Frankreich, in Amerika — können ihre Einleger nicht befriedigen, sie sperren der Industrie alle Kredite, Fabriken müssen geschlossen, Arbeiter entlassen werden. Dazu kam noch eine Währungskrise, die erst das englische Pfund entwertet, aber auch andere Währungen erschüttert hat. Die Nationalbanken aller Länder halten fremde Devisen zurück und dadurch stößt die Einfuhr, weil die eingeführten Waren nicht bezahlt werden können. Auch der tschechoslowakisch-magyarische Handelsvertrag kommt, obwohl man fast einig war, nicht zustande, weil die Ungarn nicht Devisen haben, um die von uns bezogenen Waren zu bezahlen. Ein Großteil der Staaten hat seit dem Vorjahre die Zölle erhöht, die Einschränkung der Weltwirtschaft ist noch ärger geworden, der Welthandel ist gedrosselt. Die Reparationsfrage ist noch immer ungelöst, augenblicklich verhandelt wieder in Basel irgendein Komitee — kurz die Welt ist seit Jahr und Tag keinen Schritt der Lösung der Krise nähergekommen, Europa versinkt immer mehr im Morast des Niederganges.

Wir können in der Tschechoslowakei augenblicklich nichts wirksameres tun als unsere ganze Energie darauf verwenden, den Arbeitslosen zu helfen. Im Budget für 1932 sind bereits 300 Millionen Kronen vorgesehen, um die Arbeitslosenhilfe auch bei gesteigener Zahl der Arbeitslosen aufrecht zu erhalten. Das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit im November und die zu erwartende Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte bis mindestens Feber 1932 machen es möglich, daß mit den vorgesehenen Beträgen nicht das Auslangen gefunden werden wird. Deshalb ist es zu begrüßen, daß das Ministerium für soziale Fürsorge, das sich der vollen Schwere der Situation bewußt ist, einen Gesetzesentwurf über einen Notfonds vorbereitet, zu dem auch die Unternehmer beisteuern sollen. Während in England und Deutschland auch die Unternehmer die Kosten der Arbeitslosenversicherung mittragen, lastet die Arbeitslosenunterstützung in der Tschechoslowakei nur auf Staat und Gewerkschaften. Die Unternehmer haben wohl in der Zeit der Konjunktur Milliardengewinne aus der Arbeit der Proletarier geschöpft, wollen aber in der Zeit der Not keine Opfer bringen. Sie handeln auch hier nach dem Grundsatz des Spätkapitalismus: den Profit für die Kapitalisten, die Verluste für die Allgemeinheit. Dieser Zustand soll und darf nicht weiter andauern.

Die halbwegs menschliche Versorgung der Arbeitslosen kann allerdings den kranken Kör-

per der kapitalistischen Wirtschaft nicht heilen. Immer mehr offenbart sich der Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die Katastrophe des Bürgerturns treibt dieses auf den Weg des Faschismus, um den Kapitalismus zu retten. Aber die Gewalt war niemals ein Mittel, um eine zusammenbrechende Welt vor dem Untergange zu bewahren. Mag die Sache des Sozialismus in den

nächsten Monaten noch manchen Rückschlag erleiden, es gibt für die Menschheit keinen anderen Ausweg als planmäßige Gemeinwirtschaft und deswegen werden sich die Menschen den Weg ins Freie bahnen — unter opfervollen Kämpfen, denen wir entgegengehen und für die wir rüsten müssen, damit wir bereit sind, wenn unsere Stunde schlägt.

## Die wirtschaftlichen Bestimmungen der 4. Notverordnung und das Ausland.

Für das Ausland sind die wirtschaftlichen Bestimmungen der 4. deutschen Notverordnung zunächst unter zwei allgemeinen Gesichtspunkten bedeutsam:

Die Bestimmungen der Notverordnung sehen eine Herabsetzung der Warenpreise und der Löhne vor, sie legen

### die Deflationsspektive des Deutschen Reiches

mit dem Ziele fest, die Produktion zu verbilligen und dadurch die Ausfuhr selbst gegenüber den verschiedenartigen Nachnahmen des Auslandes sicherzustellen.

Zum andern versuchen die zahlreichen Steuerbestimmungen der Notverordnung zusammen mit einem nochmaligen Prozentigen Gehaltsabbau der Beamten die öffentlichen Einnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden auszugleichen und Inflationsgefahren von dieser Seite her auszuschließen.

Von speziellem Interesse für das Ausland sind Einzelbestimmungen, die um der obengenannten grundsätzlichen Ziele willen für das deutsche Ausland getroffen worden sind, darüber hinaus aber sich unmittelbar auf das Ausland erstrecken.

Die wichtigsten dieser Einzelbestimmungen befinden sich im ersten Teile der 55 Seiten langen Verordnung und behandeln die allgemeine Herabsetzung der Zinsen.

Für sämtliche festverzinsliche Wertpapiere, die in Deutschland emittiert worden sind, seien es Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen, oder aber Industrieobligationen, Pannbriefe oder Hypotheken, ist, so weit ein mehr als Prozentiger Zins zu Grunde liegt, eine Zinsherabsetzung dekretiert. Zinssätze zwischen 6 und 8 Prozent sind grundsätzlich auf 6 Prozent reduziert, Zinssätze zwischen 8 und 12 Prozent um 25 Prozent und Zinssätze über 12 Prozent um dem über 12 Prozent hinausgehenden Betrag um 50 Prozent vermindert.

Kein Zweifel darüber, daß diese antonkratische Zinssenkung einen mit der bürgerlichen Rechtschaffenheit im höchsten Widerspruch stehenden Einspruch in wohl-erworbene Rechte bedeutet und dem Kredit Deutschlands in der Welt erheblichen Abbruch tut. Daher auch die lauten Proteste in der bürgerlichen Presse, ob die auf dem Wege der Zinssenkung zu erzielenden Ersparnisse volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich so bedeutsam sind, daß sie den schweren Prestigeverlust, ja mehr als das, den erheblichen Verlust an Vertrauen, der damit endgültig wurde, rechtfertigen. Zweifelhaft in der Tat, ob die Begründung der Bestimmung, es sei für die Gläubiger leichter, an Zinsen zu verlieren als an Kapital, die Mentalität eines „Gläubigers“ richtig erfasst. Der Gläubiger wird nicht mit Unrecht meinen, daß er weder an Zinsen noch an Kapital hätte verlieren wollen, als er sein Geld investierte. Zur Vermeidung der Bestimmung bleibt aber übrig: der effektive Notstand,

das Dicht-am-Abgrund der deutschen Wirtschaft, welches unter Umständen auch vor noch einschneidenderen Maßnahmen, wie ein Generalmoratorium zu bedeuten würde, nicht zurückgeschreckt wäre.

Die Herabsetzung der Hypothekenzinsen ist in ihrer Wirkung noch verschärft dadurch, daß Hypotheken erst am 31. Dezember 1933 gekündigt werden können.

Bei den Schuldverschreibungen gilt die Herabsetzung für sämtliche in Deutschland zur Emission gelangten Papiere. Inwiefern Auslandsanleihen in Deutschland emittiert worden sind, wird von Fall zu Fall festzustellen sein.

Auch Bankkredite sollen einer generellen Herabsetzung unterliegen, doch ist diese nicht schematisch vorgesehen, sondern vielmehr Vereinfachungen der Spartenverbände des deutschen Bankgewerbes mit dem Reichskommissar für das Bankwesen zunächst überlassen, der bei dieser Gelegenheit seinem Amt einen materiellen Inhalt geben kann.

Die Frage einer Herabsetzung der Zebenzinsen ausländischer Banken ist Gegenstand der Stillhalterverhandlungen und insoweit von der Notverordnung nicht unmittelbar behandelt.

Wenn auch die Bestimmungen über die Zinssenkung für das wirtschaftlich interessierte Ausland so ziemlich der wesentlichste Teil der Notverordnung sein dürfte, so kommen doch auch noch einige andere Bestimmungen, und zwar insbesondere solche, die den ausländischen Hausbesitz in Deutschland erfassen, in Betracht. So insbesondere die Bestimmung, wonach mit Wirkung vom 1. Jänner 1932 die Mieten auf Altmwohnungen — im Gegensatz zu Neubautwohnungen — um 10 Prozent automatisch gesenkt sind, und gleichzeitig eine außerordentliche, vorzeitige Kündigung von Mietverträgen zulässig ist. Einen Ausgleich der Mindererträge aus Mieten soll, abgesehen von der oben erwähnten Herabsetzung der Hypothekenzinsen, aus einer 20prozentigen Verringerung der Hauszinssteuer ab 1. April 1932 sich ergeben. Dabei ist die Möglichkeit, die Hauszinssteuer mit dem Dreieinhalbfachen eines Jahresbetrages endgültig abzulösen, eine von der Notverordnung gegebene, nicht uninteressante (relativ spekulative) Möglichkeit.

Von Bedeutung sowohl für ausländische Eigentümer deutscher Grundstücke wie für die ausländischen Gläubiger von Hypotheken auf deutschen Grundstücken ist ferner noch, daß Zwangsversteigerungen deutscher Grundstücke auf Antrag des Eigentümers und Schuldners sechs Monate lang ausgesetzt werden können.

Tafel Veränderungen an der Börsenumsatzsteuer und Erleichterungen im Stempelgesetz, letztere mit dem Zwecke, Umgründungen zu erleichtern, vorgenommen worden sind, dürfte das Ausland nur beschränkt interessieren.

Ebenso dürfte es für das Ausland nur eine eigenartige Neuerung bedeuten, wenn das Reich eine Art

### „Abzugsteuer“

won denjenigen Deutschen erhebt, welche mit einem Teil ihres Kapitals ins Ausland angeordnet sind oder in Zukunft auswandern, sofern es sich bei diesen „Auswanderern“ um Besitzer von Vermögen im Werte von mehr als 300.000 Mark handelt. Ein Viertel des Vermögens soll in solchen Fällen dem Reich als Steuer dienen, und der Versuch, diese Steuerpflicht zu umgehen, soll mit einer weiteren Neuerung, dem Steuererkennbrieft verfolgt werden, der zur sofortigen Verhaftung des etwa nach Deutschland zurückkehrenden Steuerflüchtlings führen soll.

Diese, wie sämtliche hier angezogenen Bestimmungen der neuen deutschen Notverordnung und wie so manche wirtschaftspolitischen und besonders handelspolitischen Maßnahmen, welche die verschiedensten Staaten in der ganzen Welt in letzter Zeit getroffen haben, bedeuten eine Rückkehr zu wirtschaftspolitischen Methoden einer jahrhundertlang zurückliegenden Zeit.

Als Fronte der Geschichte muß es empfunden werden, wenn diese Rückkehr zum Mittelalter am Ende einer Epoche steht, in der die Verwischung der Landesgrenzen und die Begründung einer wirklich übernationalen Wirtschaft Hoffnung und Ziel der Bemühungen so vieler war.

Unvorstellbar aber ist, daß durch nationale Maßnahmen solcher Art überwunden werden soll, was den Ausgangspunkt all dieser Maßnahmen bildet — die übernationale Wirtschaftskrise in der ganzen Welt.  
Dr. E. M.

## Ungefundigte Obstruktion

### der französischen Sozialisten gegen den Wahlreformentwurf.

Paris, 11. Dezember. In der Nachsitzung der Kammer kam es zu einer neuen stürmischen Debatte zwischen den Anhängern und Gegnern der Wahlreform. Schließlich nahm die Kammer mit einer Stimmenmehrheit von 47, später von 53 Stimmen (306 gegen 253 Stimmen) den Antrag des Deputierten Mandel an, der auch vom Ministerpräsidenten Laval unterstützt wurde und dahin lautet, daß auf die Tagesordnung der Kammerberatung des kommenden Mittwoch ein Wahlreformentwurf gesetzt werde, der die zweite engere Wahl aushebt und das Wahlsystem dem gegenwärtigen englischen Wahlrecht nähert. Die Deputierten protestierten in überaus scharfer Weise dagegen und kündigten an, daß sie zur Obstruktion schreiten werden.

## England gegen französische Zölle.

London, 11. Dezember. (N. N. B. S.) Der Pariser Korrespondent der „Morningpost“ will wissen, daß die britische Regierung gestern vormittag dem französischen Botschafter in London eine weitere Note zugestellt hat, in der sie die Forderung nach Aufhebung des 15prozentigen französischen Einfuhrzuschlages wiederholt. Der Wortlaut der neuen Note sei energischer als der der ersten und habe mehr den Charakter einer Forderung als eines Ersuchens. In engeren französischen Regierungskreisen wurde der Ton als ungewöhnlich lebhaft bezeichnet und es werde die Sorge geäußert, daß ein so energischer Schritt vielleicht eine den Wünschen entgegengeetzte Wirkung haben werde.

## Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Altschul.

Es war Winter geworden. Weihnachten sind vorübergegangen, ein neues Jahr hat das alte abgelöst, Franzl ist zu Hause gewesen, die Schule hatte wieder begonnen.

Ja, es war wieder Schule, feierhafter Unterricht. Der Semesterschluß rückte näher und mit ihm begann das letzte Finish vor dem großen Sprung über den Graben „Matura“. Es wurde gearbeitet wie nie zuvor, denn das Halbjahreszeugnis konnte später von Einfluß sein. Dessen waren sich alle bewußt.

Franzler lernte mit Erna. Beinahe täglich. Auch am Sonntag. Da aber nur vormittags. Der Nachmittag und der Abend blieben für die Erholung frei. Man war dann gewöhnlich mit Greil und Georg beisammen; ging spazieren, besuchte ein Kino, ein Theater, tanzte, kurz, man genoss die paar freien Stunden so gut es eben ging.

Wieder war so ein Wintersonntag mit seinem leidet fast immer trostlosen Wetter gekommen. Erna, Franzl, Greil und Georg saßen in ihrem Stammcafé, im Lloyd. Der alte Kellner hatte seinen so treuen Gästen in weißer Voranschicht eine bequeme Loge reserviert, denn der Regen ließ einen außergewöhnlich starken Besuch erwarten.

Nicht sah man in dem großen Lokal, tauchte Erlebnisse aus, lachte, rauchte, schwappte, beobachtete die anderen. Immer neue Leute kamen, bahnten sich mühsam einen Weg zwischen den Tischen und Stühlen, suchten vergeblich nach einem freien Plätzchen. Das Orchester begann zu spielen und die Klänge des Hauskonzerts rangen verwickelt mit dem Rärm, der den großen Saal erfüllte.

Franzler sah zum Fenster hinaus. Draußen

fiel der Regen in Strömen herab, Autos glitten plätschernd vorüber, von den trocknen Flächen bepritschelter Passanten begleitet und zwischen durch scholl das wütende Klingeln einer Straßenbahn heran, welches einige eifrig debattierende, mitten auf dem Geleise stehende Damen daran erinnern wollte, daß es trotz aller interessanten Neuigkeiten immerhin ratsamer wäre, die Unterhaltung erst auf dem Gehsteig fortzusetzen.

„Guten Tag, meine Herrschaften“, sagte da plötzlich eine Stimme, die Franzl zu kennen glaubte. Er wandte sich um.

Rowal stand beim Tisch, die Hände auf die Lehne eines freien Stuhls gestützt und verbeugte sich grüßend. Dabei spielte ein Lächeln um seinen Mund, das Franzl das Blut in die Schläfen trieb.

„Darf ich Platz nehmen?“ fragte Rowal, „es ist im ganzen Kaffeehaus kein anderes Plätzchen frei. — Ich höre doch nicht?“ vergewisserte er sich, als Greil einladend auf einen Stuhl wies. Franzl glaubte aus dieser Frage wieder eine gewisse Ironie herauszuhören. Aber er schwieg.

Georg wollte bekannt machen. „Nicht notwendig“, wehrte Rowal ab, „ich habe schon das Vergnügen gehabt. Die Damen werden sich sicherlich noch erinnern können. Ich glaube, es war bei einem Tanztee“, schnarrte er, fügte noch einer Weile hinzu: „Mein Name ist Rowal“.

Greil und Erna nickten verständnislos. Georg musterte kritisch die gedehnte Gestalt des Neuangekommnen. „Schleier“, entfuhr es ihm unwillkürlich, während Franzl seine Beobachtungen auf der Straße ostentativ fortsetzte.

Die Stimmung wurde eiskalt, nur Rowal bemühte sich, die Konversation nicht einschlafen zu lassen. Er erzählte von den Triumphen, die er während der Weihnachtsferien beim Skilaufen gefeiert hätte, schwärmte vom Schnee, vom Gebirge, behauptete, daß ihn die Stadt langweile,

weil er darüber erhaben sei, und wurde in seinem Redeschwall erst unterbrochen, als der Kellner den bestellten Kaffee brachte.

Aber seine Lust, sich reden zu hören, erkrankte nicht in dem warmen Raß, im Gegenteil; wurde dadurch neu belebt und bald erfuhr man alle Neuigkeiten und alle Heldengeschichten, in denen er die Hauptrolle spielte. Dem aufmerksamen Zuhörer wäre es sicherlich nicht entgangen, daß Rowal, um all das selbst erlebt haben zu können, mindestens doppelt so alt sein müßte.

Er ging dann auf ein anderes Thema über, erzählte von den miserablen Wohnungsverhältnissen, von seinen Abenteuern mit den verschiedensten Zimmervermieterinnen und erklärte, daß er vor einigen Tagen wieder einmal überheißelt wäre.

„Ich glaube gehört zu haben, daß auch du deine Wohnung gewechselt hast, Mangberg“, fuhr er fort, und als Franzl gleichgültig nickte, fügte er hinzu: „Wie bist du zufrieden? Ist sie das, was man ungestört nennt?“ Bei diesen Worten wies er einen bedeutungsvollen Blick auf Erna, daß es in Franzls Hand wieder zuckte. Aber er beherrschte sich und schwieg.

Rowal schien nichts von alledem zu merken. „Ist dein Zimmer hübsch?“ fragte er lauend zu Erna gewendet, „er macht ein so großes Geheimnis daraus, als wenn es eine Goldgrube wäre“.

Georg wollte auffpringen, doch Franzl drückte ihn nieder. „Keinen Skandal“, flüsterte er ihm zu, „bitte nur kein Kuffchen.“ Er winkte dem Kellner.

„Ich kenne dein Zimmer nicht“, antwortete Erna kühl auf Rowals Frage und befah sich dabei ihre blankpolierten Fingernägel.

„Sie kennen es nicht? Ach, das wundert...“ „Der Herr will zahlen. Herr Ober“, sagte Franzl dem herbeigerufenen Kellner mit einer Kopfbewegung auf Rowal zeigend und zündete sich scheinbar gleichgültig eine Zigarette an.

Rowal erblachte. „Ja, . . . ich hatte einen Kaffee“, stotterte er und warf einen Blick auf den Tisch.

Plötzlich fühlte Franzl etwas Weiches sich an seine Finger herantasten. . . Ernas Hand. Sie drückte die seine, sekundenlang. Dann zog sie sich wieder zurück.

Der Kellner konnte nicht wechseln.

„Hast du Kleingeld?“ fragte Rowal, zu Franzl gewendet. Franzl verneinte. „Aber laß nur, ich werde es schon erledigen“, sagte er und vertiefte sich wieder in seine Betrachtungen des Straßendickes.

„Also gut“, meinte Rowal, „wir verrechnen später“.

„Ja, wir verrechnen später“, murmelte Franzl halb laut und betonte dabei das Wort „verrechnen“ ganz besonders.

Rowal ging. Etwas aber war zurückgeblieben, das jetzt an Stelle der früher so ungezwungenen Unterhaltung trat.

„Hängt es also schon wieder einmal an“, knirschte Georg. „Berdammter Caustall, das. Gibst es denn gar nichts mehr, wofür sich diese idioten nicht interessieren und es nicht mit ihrem Dreck bewerkeln.“ Er fuhr sich über den Mund. „Künder, entschuldigt diese Kraftausdrücke, aber sie kommen vom Herzen. — Es ist ja wahr, im schwärzesten Mittelalter konnte es nicht ärger zugegangen sein.“ Er machte einen tiefen Zug aus seiner Zigarette und blies dann den Rauch wütend vor sich. „Wenn mir dieser Arz noch einmal unter die Finger kommt, wird sein Jahrsatz eine Freude davon haben.“

„Ist denn ein falsches Gebiß so teuer?“ fragte Erna ausgeräumt, „oder glaubst du, wird er sich Goldzähne einsehen lassen?“

(Fortsetzung folgt.)

# Das ist die deutsche Nationalpartei.

## Sie liebäugelt mit der Monarchie.

Die deutsche Nationalpartei hat von ihrer Vorgängerin, der deutschradikalen Partei des A. v. Hoff nichts geerbt, als deren absolute Abwesenheit und verweist sich seit ihres Bestehens in der geist- und inhaltslosen Phrasologie eines kindlich naiven Studentenradikalismus, der zugleich die Kulisse ist, hinter der sich die geistige und politische Unreife eines Bürgerturns verbirgt, das nationalistischen Radon für eine politische Meinung und Meinungsäußerung hält. Kein Wunder, wenn diese sogenannte Partei in voller Auflösung begriffen ist. Zu den losfallenden Stimmenverlusten an die Nazi, an die sich jetzt schon ihre Presse, vor allem das „Nordb. Tagblatt“ klammert, kam in der jüngsten Zeit eine Art Führerkrise. Brunar, der frühere Vorsitzende der Nationalpartei trat aus, Anforge wurde ausgeschlossen, Lodgman hat jede politische Betätigung bereits vor Jahren aufgegeben und was verblieb, reicht nicht aus, diesem Parteigrüppchen einen, wenn auch noch so bescheidenen Impuls zu geben.

Ohne Programm, ohne eine eigene Idee vegetiert dieses Parteigebilde dahin und es darf nicht Wunder nehmen, wenn sie geistige Anleihen bei Eugenberg, dem Führer der deutsch-nationalen Volkspartei Deutschlands nehmen muß. Die Feld-, Wald- und Wiesenreden die es kaiserlich wilhelminischen Geheimrats und Reaktions sind denn auch der Gesundheitsbrunnen, aus dem das „Nordb. Tagblatt“ schöpft. Viel ist das ja nun gerade nicht und die politischen Weisheiten Eugenbergs sind nicht viel weiter her, als das „Programm“ der Nationalpartei, aber gerade deshalb ist es umso bemerkenswerter, daß sich die Nationalpartei und ihr Hauptorgan, das „Nordb. Tagblatt“, zu Eugenberg hingezogen fühlen.

Als vor ein paar Tagen der Herr Anforge aus der Nationalpartei ausgeschlossen wurde, hat er gegen die Parteileitung den „Vorwurf“ erhoben, sein Ausschluß sei deshalb erfolgt, weil er und seine Freunde den vollkommenen Anschluß an Eugenberg gewünscht hätten. Dieser schändliche Vorwurf veranlaßt nun den „Hauptgeschäftsführer“ der deutschen Nationalpartei, Herrn Otto Hermann (auch eine große politische Kapazität) mit einem entscheidenden Momenti auszurücken. Er schreibt in „Nordb. Tagblatt“ vom 6. d. M.: „Mit allem Nachdruck wird die Behauptung des Herrn Anforge zurückgewiesen, als ob der von ihm und seinen Freunden gewünschte „vollkommene Anschluß an Eugenberg“ zum Bruche geführt hätte.“ — Der Herr Hermann spricht also unumwunden aus, daß die Nationalpartei für den vollkommenen Anschluß an Eugenberg ist, daß sie sich somit mit seiner Ideologie identifiziert und sein „Programm“, seine politischen Ziele als die ihren anerkennt.

Welcher Art aber das „Programm“ Eugenbergs und der deutsch-nationalen Volkspartei ist, das hat am Dienstag in Magdeburg eine von den Deutschnationalen abgehaltene Kundgebung unter dem Titel: „Die Eugenberastrafung“ erwiesen.

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. Quast erklärte:

Wir begrüßen die Nationalsozialisten als unsere Bundesgenossen, denken aber nicht daran, von der politischen Bühne abzutreten und hinter dieser jungen Bewegung herzulauern. Für uns jagt der Staat nicht mit Adolf Hitler an, sondern mit dem großen Kurfürsten.“

Dieses offene Bekenntnis zum Monarchismus ergänzte der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Börd folgendermaßen:

Wir wollen den alten Preussischen Staat, wir wollen die Macht der einzelnen Bundesstaaten wieder stärken, wir wollen aufbauen auf der Tradition der Hohenzollern, wir wollen das alte, stolze deutsche Kaiserreich. Die Zeit ist da, daß Eugenberg die Führung übernimmt.“

Der „vollkommene Anschluß“ der Nationalpartei an Eugenberg ist somit ein Bekenntnis dieser Partei zur Monarchie, die Herrschaft von der Nationalpartei sind somit Monarchisten.

Ob die „Führenden Männer“ der Nationalpartei damit rechnen, im Falle der Wiedereinführung der Hohenzollern, diverse Kammerdieneposten zu besetzen, oder ob sich in diesem Bekenntnis der letzte Rest politischer Weisheit sublimiert, das mögen sie unter sich austragen. Inzwischen wünschen wir ihnen angenehme Träume vom „alten deutschen Kaiserreich“.

### Hilfer will Brüning antworten.

Berlin, 11. Dezember. Die Nationalsozialisten schreiten in ihrer auslandspolitischen Aktivität fort. Ihr Führer Hilfer, der wiederum nach Berlin zurückgekehrt ist, beabsichtigt, die Auslandsjournalisten zu sich zu bitten, um sie über seine Absichten zu informieren. Wie verlautet, hat Hilfer beim Reichspräsidenten von Hindenburg um eine neue Audienz angebracht, doch ist es bisher nicht sicher, ob diesem Anliegen entsprochen wurde. Aus der Umgebung Hilfers verlautet, daß Hilfer in der allernächsten Zeit mit einem offenen Schreiben auf die gestrige Kundgebung des Reichslanzlers Dr. Brüning antworten werde.



## Kein Schulabbau, aber Deconomisierung.

### Maßnahmen gegen Ausländer an den Hochschulen nicht nötig.

Donnerstag nachts besaßte sich Schulminister Dörer

im Senatsausschuß mit der von verschiedenen Debattenrednern aufgeworfenen Frage der Restriktion der überflüssigen Schulen. Dörer steht auf dem Standpunkt, daß ein zuviel von Bildung niemals Schaden könne. Eine Restriktion könne man nicht nach einem bestimmten Schema durchführen, auch müsse man die hohe Schulbildung in unseren Hochschulen beibehalten, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen. Die Schulverwaltung werde sich aber sicher mit der Frage der Deconomisierung des Schulwesens befassen, weil das Budget in Zukunft kaum mit einer Erhöhung rechnen darf.

Zur Frage der Schulautonomie wiederholte der Minister lediglich seine Erklärungen aus dem Abgeordnetentag, daß in dem vorbereiteten Gesetzentwurf über die Schulverwaltung auch an die Mitarbeit der Bevölkerung an der Verwaltung des Schulwesens gedacht werde, daß eine eigene Kommission demnächst ihre Arbeiten beginnen wird und der fertige Entwurf sobald als möglich der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet werden soll. Aus dem sachlichen Verlauf der Debatte schloß der Minister, daß auch in Sachen des „Seelenfanges“ die Gegensätze zwischen den Nationen sich von Tag zu Tag vermindern und daß wir uns einer Zeit nähern, wo alle diese Fragen zur allgemeinen Betrachtung gelöst werden können.

Das Geleit über die Sprengelbürger-Schulen ist bis auf den 31 im Schulauschuß fertig; die Finanzverwaltung besitze aus finanziellen Gründen darauf, daß sich das Geleit nur auf die schon bestehenden Bürgerschulen beziehe, während es auf später erst durch Regierungsverordnung erweitert werden soll; diese Bestimmung sei keinesfalls so katastrophal, da in ein paar Jahren, bis die finanzielle Situation sich gebessert hat, diese Erweiterung ganz gut erfolgen könne.

Die Zahl unserer Hochschulen sei keineswegs so groß, namentlich im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten; eine Deconomisierung sei aber am Platz. Die Frage der Ausländer an unseren Hochschulen

sei geistig brennend; vor dem Kriege war es ein Ruhm für die betreffende Hochschule, wenn sie von Ausländern hart frequentiert war. Trotzdem sei eine so große Zahl von Ausländern abnormal. Besondere Maßnahmen seien aber vorläufig nicht notwendig. Dörer spricht sich ausdrücklich gegen die Einführung des numerus clausus aus, da er dem demokratischen Charakter der Republik widerspreche.

Die Referentin zum Kapitel „Schule“, Plamintho, wurde von Herrscher Seite wegen angeblich mangelnder Objektivität heftig angegriffen. Unter anderem trat der Tschedschkeriale Krejzl für die Wiedereinführung des Zölibates für Lehrerinnen ein.

Donnerstag abends sprach auch noch der Innenminister Slavik.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Selbstverwaltung seien ihm sehr wohl bekannt; er laßt sie aber zum großen Teil auf die gegenwärtige abnormale Wirtschaftslage zurückzuführen. Das Ministerium habe von den Landesämtern bereits die nötigen Daten angefordert und verhandle auf deren Grundlage mit dem Finanzministerium.

Auch seine diesmaligen Erklärungen zu den Freiwaldauer Ereignissen müssen als völlig unbefriedigend angesehen werden, da er sich wieder nur auf die Feststellung beschränkte, daß der Waffengebrauch der Gendarmen notwendig gewesen sei, ohne im geringsten darauf einzugehen, ob denn überhaupt das Verbot durch die politischen Behörden gerechtfertigt war. Statt dessen beantragte er sich damit, die ganze Schuld denen zuzuschreiben, die „die Leute für ihre Zwecke mißbrauchen“ wollten und die angeblich seit dem Umsturz die Leute konsequent zum Widerstand gegen die Sicherheitsorgane des eigenen Staates verführten.“ Das Ministerium erwäge sorgfältig, ob man aus solchen tragischen Vorfällen nicht eine Erkenntnis schöpfen könne, wie sich derartige Zwischenfälle künftig vermeiden lassen, aber man dürfe andererseits nicht zulassen, daß die Bevölkerung und die politischen Parteien Soldaten spielen, sich bewaffnen oder Uniformen anziehen, um einen Kampf aller gegen alle zu beginnen.

## Mit den alten Methoden geht es nicht mehr!

### Debatte über die Ursachen der Krise.

Beim Kapitel Außenministerium hatte in der vorausgegangenen Nachtsitzung Minister Dr. Venek eine Uebersicht über die Entwicklung der Handelspolitik seit dem Umsturz gegeben und der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir uns gegenwärtig schon im letzten Stadium der Krise befinden, das allerdings lange dauern könnte. Heute treibe der Preissturz die Krise auf den Höhepunkt, dieser allgemeinen Debatte werden wir unsere gesamte Volkswirtschaft anpassen müssen. Die daraus seitens Deutschland gezogenen Folgerungen würden auch auf unsere volkswirtschaftliche Politik tiefliche Wirkungen ausüben. Venek verwahrte sich dann gegen verschiedene Äußerungen von deutscher Seite über die Handelspolitik, die pauschal als schlecht hinstellen von „absoluter Ver-

ständnislosigkeit“ zeuge. Ecnosio weicht sich Venek gegen die Behauptung, daß die Handelspolitik unter französischem Druck stehe. In Mitteleuropa gebe es heute keinen anderen Weg als ein vernünftiges Abkommen zwischen den Staaten; wir seien bereit, über diese Dinge vernünftig vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu diskutieren, alle Vorschläge objektiv zu prüfen und uns darüber mit Berlin, Paris und Rom zu verständigen. Diese Zusammenarbeit müsse aber für unsere agrarischen Schichten akzeptabel sein; man werde wahrscheinlich zur Ober des Einfuhrmonopols in irgendeiner Form zurückkehren müssen.

Freitag polemisierte Dr. Kostka (WZ) u. a. gegen die Behauptung des Außenministers, daß den Friedensverträgen keineswegs die Schuld an der gegenwärtigen Krise zugeschrieben werden könne. Dagegen erwähnte Kostka nicht mit einem Wort, daß wohl auch die Rationalisierung einen Großteil der Schuld an der Krise habe, sondern schiederte die Lage der Unternehmer direkt in den allerersten

ten Farben. Auf einen Zwischenruf des Veronesen Kozl, daß noch kein Unternehmer verhungert sei, schien Kostka direkt den Nachweis führen zu wollen, daß es den Unternehmern heute schlechter gehe als den Arbeitern. Kostka gab später zu, daß die englischen Schutzzölle unsere Wirtschaft nur noch in eine weit ärgere Lage gebracht haben.

Daraufhin polemisierte Genosse Kozl

gegen Dr. Kostka, dem er vorwarf, daß er die Hauptursachen der Krise, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und namentlich in der geradezu unerhörten Rationalisierung sahen, mit keinem Wort erwähnt habe. Eines ist sicher, daß unsere heutigen Wirtschaftsführer versagt haben und sich nun keinen Rat wissen. Trotzdem hofft Kostka die ganz ungläubliche Hoffnung, daß es mit den alten Methoden weitergehen könne, wenn nur die Freiheit der Wirtschaft wieder hergestellt werde. Heute geben aber selbst bürgerliche Volkswirtschaftler zu, daß der Karren der Wirtschaft so verfahren ist, daß es unmöglich ist, sie ohne staatlichen Eingriff bei den Banken, Kartellen und sonstwo wieder in Gang zu bringen. Wenn Herr Dr. Kostka mit der „Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit“ vielleicht meint, daß die sozialen Lasten der Wirtschaft zugrunde richte, dann müssen wir schon sagen, daß alles zugrunde gehen muß, wenn diesen Millionen von Arbeitern nicht einmal so viel gegeben werden kann, daß sie im Alter nicht im Straßengraben verrotten müssen! Soll man durch die Rationalisierung vorzeitig ausgepumpte Arbeiter, die mit ein paar dreißig Jahren bereits arbeitsunfähig sind, etwa verhungern lassen? Herr Kostka möchte als moderner Mensch doch einsehen, daß sich die alten Wirtschaftsformen völlig überlebt haben!

Zu Kostkas Bekenntnis über die Schädlichkeit der englischen Schutzzölle für unsere Wirtschaft erinnert Kozl an den Jubel der „Reichsberger Zeitung“, des Organs Kostkas, über den Sturz der Arbeiterregierung, über den damals alle bürgerlichen Blätter Parzelsäume vor Begeisterung geschlagen haben. Ein paar Tage später wurden bereits Beschlüsse formiert, welche den englischen bürgerlichen Blättern christlich zugewandt, daß sie keine Ursache hätten, sich über den Sturz der Arbeiterregierung zu freuen!

Endlich bespricht Genosse Kozl den Plan des Finanzministeriums, den Unternehmern bestimmte Beiträge für die Arbeitslosen vorzuschreiben, und zwar je nach der Höhe der Lohnsumme und der Zahl der Arbeiter, und erklärt es nur als recht und billig, daß man auch einmal die Unternehmer, die in den Zeiten der Konjunktur allein den Reichtum abgeschöpft und Riesengewinne eingespart haben, zur Beitragsleistung für die Arbeitslosen heranziehen will. Die Unternehmer werden sich damit abfinden müssen, daß sie nicht bloß in guten Zeiten ihre Profite einstecken, in schlechten Zeiten aber einfach ihre Arbeiter im Stich lassen dürfen!

Donnerstag nachts wurde noch die Debatte über die Kapitel Landwirtschaft und Handel eröffnet; sie wurde erst Freitag spät abends abgeschlossen. Darauf kamen noch in einer Nachtsitzung die Kapitel Post und Eisenbahnen zur Verhandlung. Im Laufe des Samstag soll die Debatte unbedingt zum Abschluß gebracht werden.

## Geheimtueri in der Untersuchung des Putsches.

### Der Wachtmeister mit dem Ekrafit.

Budapest, 11. Dezember. (Eigenbericht.) Die Untersuchung der Putschaffäre wird mit der größten Geheimtueri weitergeführt. Zwischen den zivilen und militärischen Behörden sind große Gegensätze aufgetaucht. Ladislau Termesbary, der von dem zivilen Untersuchungsrichter freigelassen worden war, wurde dann vom Militärgericht wieder verhaftet.

Großes Aufsehen erregte die Untersuchung in der Angelegenheit des Wachtmeisters Franz Toth, der angeblich kein Mitglied der Armee ist, aber trotzdem von der Militärbehörde in Untersuchung gezogen wurde. Er hat viele Auslandsreisen unternommen und war auch öfters in Wien. In seiner Wohnung in Ofen hat man größere Mengen Ekrafit gefunden, die er verborgen hielt. In seine Angelegenheit sind fünf Personen verwickelt, deren Namen streng geheim gehalten werden. Man spricht hier davon, daß die Angelegenheit Toth vielleicht mit dem Fall Maruscha in Verbindung sei.

## Auf dem Wege zur „Legalität“.

Berlin, 11. Dezember. Nach einer Mitteilung der Polizei drangen heute nachts kurz nach ein Uhr Mitglieder des nationalsozialistischen Sturmtrups in ein Kaffeehaus in der nördlichen Friedrichstraße ein und gaben mehrere Schüsse ab, die jedoch niemand verletzten. Die Angestellten des Restaurants setzten sich sofort zur Wehr. Dabei wurde ein Angehöriger der RSDAP durch einen Schlag mit einem Bierglas verletzt. Er wurde dem Staatskrankenhaus als Polizeigefangener zugeführt. Das inzwischen eingetretene Ueberfallkommando konnte weitere fünf Personen, die an dem Ueberfall beteiligt gewesen waren, festnehmen und im Laufe der Ermittlungen weitere zehn Angehörige der RSDAP verhaften, die ein anderes Lokal aufgesucht hatten.

### Der Fall Stejkal.

#### Verleumderische Kampagne gegen Genossen Dr. Eisler.

Prag, 11. Dezember. In der hiesigen Presse tauchten heute Meldungen auf, die auf Grund angeblicher „Entwühlungen“ des berühmten Wiener Mittagsblattes „Freiheit“ den österreichischen Nationalrat Rechtsanwalt Genossen Dr. Eisler mit der Affäre des flüchtigen Prager Kohlenhändlers Stejkal in Verbindung zu bringen suchten.

Wir haben uns telephonisch an den Genossen Dr. Eisler gewendet, der uns folgende Erklärung zur Verfügung stellte:

Die Wiener „Freiheit“ hat in ihrer gestrigen Nummer der angesehenen Seite von Verleumdungen, die sie mir bisher gewidmet hat, eine neue hinzugefügt. Es wird da erzählt, daß ich Montag, den 30. November, bei der Flucht des flehbrüchigen verfolgten Kohlenindustriellen Franz Stejkal am Abend gewesen sei, daß ich ihn vom Sanatorium abgeholt hätte, dann mit ihm in Begleitung eines anderen Wiener Rechtsanwaltes zum Hotel gefahren sei und dort in Gesellschaft der beiden Herren eine Mahlzeit eingenommen hätte; von dort sei es zur Westbahn gegangen.

Ich selbst hätte diese Verleumdung ebenso unbeachtet gelassen, wie die meisten verleumderischen Behauptungen, die in diesem Erpresserblatt so oft über mich verbreitet werden; ich kann jedoch nicht zulassen, daß ein mir sonst unbekannter Berufscollega nur deshalb zum Ziel der Verleumdungen gemacht wird, weil das Erpresserblatt wieder einmal das Bedürfnis gefunden hat, sich mit mir zu beschäftigen. Ich lege nur deshalb Wert darauf, den wahren Sachverhalt mitzuteilen:

Ich bin Montag, den 30. November abends nach zweitägigem Aufenthalt in Graz zurückgekehrt und noch 6 Uhr abends, also noch Schluß der üblichen Ratsstunden, noch in meine Kanzlei gekommen, habe dort erfahren, daß der Kohlenindustrielle Franz Stejkal aus Prag, den ich in Nochtischen wiederholt vertreten hatte, infolge einer plötzlichen Erkrankung ins Sanatorium Westend in Purkersdorf gebracht worden sei und begehrt mit mir zu sprechen wünsche. Eine telephonische Anfrage bestätigte die Richtigkeit dieser Mitteilung. Außerdem wurde ich neuerdings aufgefordert, Herrn Stejkal noch an demselben Abend in Purkersdorf zu besuchen. Da ich schon um 8 Uhr abends an einem Vortrag teilnehmen mußte, begab ich mich sofort nach Purkersdorf, wo eine Besprechung zwischen mir und Stejkal und dem gleichfalls anwesenden, mir bis dahin unbekanntem Rechtsanwalt Dr. Urbauer stattfand. Diese Besprechung hatte mit der Flucht des Herrn Stejkal nichts zu tun, zumal damals weder mir noch Herrn Dr. Urbauer noch Herrn Stejkal von der Erlassung eines Schadenersatzes auch nur das Geringste bekannt war. Stejkal und Dr. Urbauer versicherten das Sanatorium im Auto und erklärten sich bereit, mich mitzunehmen und direkt in die Wohnung zu bringen. Dies geschah auch. Ich war schon um 1/8 Uhr in meiner Wohnung, nach Beendigung des Vortrages war ich bei einer benachbarten Zusammenkunft mit Freunden. Ich konnte daher bei der Flucht nicht anwesend sein. Ich war noch nie im Hotel Holzgart und am allerwenigsten an jenem Abend. Daß Herr Stejkal sich ins Ausland begeben habe, erfuhr ich erst zwei Tage später durch Zeitungsnachrichten.

### Stedbrief gegen Stejkal erweitert.

Prag, 11. Dezember. Beim Strafgericht in Prag wurde heute vormittags der erweiterte Stedbrief gegen den flüchtigen Kaufmann Franz Stejkal ausgehängt. Die Erweiterung des Stedbriefes war deshalb geboten, weil Stejkal, wenn er im Ausland ergriffen wird, nur wegen jener Verbrechen, derentwegen er von der Staatsanwaltschaft tatsächlich verfolgt wird, ausgeliefert werden kann. Der ursprüngliche am 28. November l. J. gegen Stejkal erlassene Stedbrief lautete auf das Verbrechen des Betruges, der falschen Zeugenaussage und der verübten Verleitung zum Verbrechen der Verleumdung. Nunmehr wurde der Stedbrief um weitere Betrugsdelikte Stejkal's, die mit der Herauslösung des bekannten achtjährigen Kohlenvertrages und mit den betrügerischen Automobilverpachtungen zusammenhängen, wie auch wegen des Verbrechens der Beschneidung des Obersektionrates Hall's vom Eisenbahnministerium erweitert.

### Neue Kreditanstaltsele.

Wien, 11. Dezember. (Sch. P. B.) der gestrige Ministerrat, der von 15 bis 22 Uhr andauerte, genehmigte u. a. auch die drei angekündigten Gesetze über die Kreditanstalt. Das eine Gesetz (es ist dies bereits das 6. Gesetz über die Kreditanstalt) verfügt die Auflösung des Rekonstruktionskomitees, doch bleibt von diesem Komitee eine Untersuchungskommission erhalten, die gemäß den Beschlüssen des Hauptausschusses die Verschuldungsfrage und die Möglichkeit der Heranziehung von schuldig befindlichen Funktionären zur Schadensgutmachung zu prüfen hat. Das zweite Gesetz (also das siebente Gesetz) betrifft die Einsetzung eines fünfgliedrigen Exekutivkomitees im Rahmen einer Statutenänderung und trifft Verfügungen für die Bilanzstellung. Das dritte Gesetz (das achte Gesetz) behandelt die Kürzung der Bezüge und Pensionen bei der Kreditanstalt und ihren Unternehmungen und ermächtigt die Außerkräftsetzung der Sonder- und Kollektivverträge. U. a. verfügt die Gesetzesvorlage, daß keine höheren Pensionen als 12.000 Schilling jährlich ausbezahlt werden dürfen.

## Tagesneuigkeiten

### Undeutsche Weihnacht.

Eine reichsdeutsche Waffenfirma versendet Prospekte mit den Schlagzeilen: **Verlernen Sie das Schießen nicht!** Unter jede Weihnachtskarte gehört eine Schießwaffe.

„Stille Nacht, heil'ge Nacht“,  
Kräht das Grammophon,  
Unterm Christbaum halten Wacht  
Vater, Mutter, Sohn.

Vater sieht so glücklich drein,  
Stolz betrachtet er  
Vor sich auf den Knien ein  
Respetiergewehr.

Für der Mutter zarte Hand  
Glänzt mit kurzem Lauf  
Zwischen buntem Frauentand  
Rat ein Browning auf.

Frischen bracht' der Weihnachtsmann  
Auch ein Schießgewehr,  
Das mit Lust man laden kann  
Und mit Angeln schwer. — —

Nacht ein Engel, „Liede Lust“,  
Singt sein holder Mund  
„Allen Menschen tu' ich heul'  
Trotz Volkshochkund.“

Hört, ich bring' euch großes Heil,  
Frieden überall — — —  
Da — ein Fischen wie ein Heil  
Und ein Doppelschall. —

Und das Friedenslied ist aus,  
Denn der Engel sang;  
Mutter ruft begeistert aus:  
„Blattschuß, Gottseibant!“ —

Glocken klingen weit entfernt,  
Und der Vater spricht:  
„Lacht uns beten, doch verlernt  
Bloß das Schießen nicht!“

Peter Riegel.

### Todessturz eines preussischen Abgeordneten aus dem D-Zug.

Berlin, 11. Dezember. Der preussische Landtagsabgeordnete Leonhardt ist in der vergangenen Nacht das Opfer eines tragischen Unglücksfalles geworden. An der Ostbahnstrecke zwischen Stolberg und Biet wurde in den frühen Morgenstunden in einem Wassergraben eine männliche Leiche gefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Landtagsabgeordneten Leonhardt handelt, der auf der Fahrt von Schneidemühl nach Berlin aus dem D-Zug gestürzt sein muß. Als der Zug in Berlin ankam, wurden in einem Abteil die Aktentasche, Schuhe, Mantel und Hut des Verunglückten gefunden. Aus dem Inhalt der Aktentasche ergab sich dann die Feststellung der Person.

### Wuchergewinne der Viehkommissionäre

Der Preis des Viehs ist in der letzten Zeit beträchtlich gefallen. Trotzdem ist der Preis des Fleisches hoch, was auf die Wuchergewinne der Viehkommissionäre zurückzuführen ist. So gibt es, wie die Zeitschrift „Hospodarsky Rozhled“ schreibt, in der Prager Zentralviehhandlung viele mehr Kommissionärfirmen als beispielsweise in Berlin, obwohl dieses sechs- bis siebenmal so viel Einwohner hat wie Prag. Ein Stück Vieh für das der Bauer 2000 Kronen erhält, wird durch den Zwischenhandel auf 5000 Kronen verteuert. Zwischen dem Bauer und dem Konsumenten steht eine ganze Kette von Zwischenhändlern. Der Bauer verkauft das Vieh dem Aufkäufer, der fast keine Regie hat und es mit einem Zwischenhändler an den Viehhändler verkauft. Dieser wiederum verkauft es dem Kommissionär, dieser an den Großfleischer und dieser erst an die Kleinfleischer. Infolgedessen die Gewinne der Kommissionäre sind unangemessen hoch, deswegen ist auch die Zahl der Kommissionäre eine so große. Die Verteuerung des Fleisches ist auch Schuld der agrarischen Organisationen, wie der „Zemla“, einer agrarischen Fleischverwertungsorganisation, die der größte Kommissionär am Prager Platz ist und zur Regulierung der Preise nichts beiträgt. Das Viehgeschäft müßte von Grund auf reformiert werden, damit Bauern und Konsumenten nicht so wucherlich ausgebeutet werden, wie es jetzt geschieht.

Prager Eisen löst einen Hochfen. Die Prager Eisen-Industriegesellschaft, welche bis jetzt in ihrem Eisenwerke Kadno zwei Hochöfen in Betrieb hatte, hat beschlossen, den kleineren derselben auszulösen. Diese Maßnahme wird mit den ungünstigen Aussichten für die ersten Monate des nächsten Jahres begründet. Vorläufig werde dies keine Existenzgefährdung der Gesellschaft zur Folge haben, da die freiwerdenden Arbeiter bis auf weiteres auf die übrigen Abteilungen des Eisenwerkes und die übrigen Betriebe der Gesellschaft aufgeteilt werden.

Die verirrte Kugel. Das Verteidigungsministerium teilt mit: In der Presse ist die Nachricht aufgetaucht, daß die 22jährige Arbeiterin B. Sotilová in Preßburg unter rätselhaften Umständen getötet wurde. Es wurden Vermutungen ausgesprochen, daß eine verirrte Kugel von der nahe gelegenen Militär-Kapsel-schießstätte die Todesursache bildete. Bei der Untersuchung richtete sich der Verdacht, die Tat begangen zu haben, gegen den längerdienenden Jagdschützen Richard Reiter vom Genie-Regiment Nr. 4. Reiter wurde verhaftet und in Präventivhaft genommen.

Einheit, die sie meinen. Kölner Kommunisten haben ein drastisches Beispiel dafür geliefert, wie sie die Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern auflassen. Sie hielten kürzlich eine Versammlung in Köln ab, in die auch die Nationalsozialisten mit einem ansehnlichen Aufgebot von SA- und SS-Leuten gekommen waren, um die Versammlung zu sprengen. Angeführter der Störungen durch die Nationalsozialisten sahen sich die Kommunisten nach Hilfe um, sie suchten ihre Leute in die Versammlung zu drängen. Sie begnügten sich aber nicht damit, sondern sprachen auf der Straße einige sozialdemokratische Arbeiter an, die sie fanden und baten sie um ihre Hilfe. Die sozialdemokratischen Arbeiter ließen sich darauf ein. Sie gingen mit den Kommunisten in das kommunistische Versammlungslokal, sie kamen nach gerade recht, um den Schluß der Rede des Bezirksleiters der kommunistischen Jugend zu hören, und dieser Schluß lautet:

„Unser Hauptfeind ist die Sozialdemokratie. Diese Partei bekämpfen wir mehr als den Faschismus.“

Und nun ereignete sich, daß die Faschisten nicht etwa über die Kommunisten herfielen, sondern die Deklamation des kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie fand den größten Beifall und stärksten Händeklatschen der anwesenden SA- und SS-Leute! Selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Arbeiter rechtlich nicht machen und das Versammlungslokal verlassen mit dem innerlichen Schwur, niemals wieder auf das verlogene Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten hereinzufallen. Es hätte ihnen geschehen können, daß, wenn sie sich gegen einen nationalsozialistischen Angriff zur Wehr gesetzt hätten, die Kommunisten, die sie gerufen haben, über sie als die Hauptfeinde hergefallen wären.

Die Landesdotations für Literatur wurde in der gestrigen Sitzung des märkischen Landesauschusses verteilt. Es erhielten Peter Bezruč 6000 K, Josef Cipr 3000 K, Johann Cep 3000 K und Frana Kopeček 300 K.

Nißglückter Einbruch im Brügger Kreisgericht. Aus Brügg wird unter dem 11. berichtet: Gestern nachts drangen bisher unbekannt, nach ihrer Arbeit zu schließen, sachmännlich ausgerüstete Diebe in ein neben der Präsidialkanzlei des hiesigen Kreisgerichtes gelegenes Zimmer ein und bohrten die eiserne Kasse an, in welcher sich einige tausend tschechoslowakische Kronen befanden. Die Einbrecher befanden sich schon nahe am Ziel, als ihnen der Reifer, mit welchem sie bereits zwei Schloffer der Kasse freigelegt hatten, abbrach. Sie mußten unrichtiger Dinge abziehen. Da sie mit Handschuhen gearbeitet hatten, hinterließen sie keine Fingerabdrücke.

Verdoppelung der jüdischen Einwohnerzahl in Palästina. Den letzten statistischen Daten zufolge hat sich die jüdische Bevölkerung in Palästina seit dem Jahre 1922 mehr als verdoppelt. Im Jahre 1922 zählte man noch 83.794, heuer bereits 175.000 jüdische Einwohner.

Dämon Alkohol. Der 25jährige Charlottenburger Kaufmann Danz, der nachts dem Alkohol zugegeben hatte, gelangte früh gegen 5 Uhr vor das Gebäude der Berliner Universitäts-Klinik. Er fing dort mit einem Heizer, der sich zur Arbeit in die Klinik begeben wollte, Streit an und bedrohte ihn mit einer Schußwaffe. Der Heizer wollte sich aber in Sicherheit bringen. Als nun eine Angestellte der Klinik, Helene Kowalk, am Fenster erschien, um zu sehen, was auf der Straße vor sich gebe, wurde sie von einem Geschloß aus der Waffe des wütend um sich schleichenden Kaufmanns am Kopfe getroffen und lebensgefährlich verletzt. Dann gab er auch Schüsse auf die Polizeibeamten ab, die auf den Lärm hin herbeieilten. Sein Widerstand konnte erst durch einen Schuß der Polizei, der ihm am Bein verlegte, gebrochen werden.

Geistliche Jugendberziehung. Vom erweiterten Schöffengericht Berlin-Lichtenberg wurde der 23jährige Hausgehilfe des St. Josephs-Beims in Berlin-Weißensee, Gompert, wegen Sittlichkeitsverbrechen in 14 Fällen unter Zustimmung der Richter zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das St. Josephs-Beim ist ein katholisches Erziehungsheim. Der Angeklagte hatte sich schwer an den ihm anvertrauten Jünglingen vergangen.

Frankreichs Bevölkerungsziffer. Mittwoch wurde das Ergebnis der allgemeinen Volkszählung in Frankreich vom März d. J. amtlich bekanntgegeben. Die Gesamtzahl der Franzosen betrug 28.944.000. Ausländer gibt es in Frankreich 2.890.923, zusammen 41.834.923. Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Franzosen 38.248.255, die der Ausländer 2.495.624, zusammen 40.743.879. Die Zunahme in diesen 5 Jahren betrug daher 1.091.226, davon 695.745 Franzosen und 395.281 Ausländer. Am Zeits-Departement (Paris und seine nächste Umgebung) beträgt die Einwohnerzahl 4.033.855. Die Zunahme gegenüber dem Jahre 1926 beträgt hier 305.218.

Die Staatsbahnverwaltung Prag-Nord teilt mit, daß der für den 13. d. M. vorgesehene Sonderausflugszug nach Schmiedeberg und auf den Reibberg wegen der ungünstigen Schneeverhältnisse auf den 3. Jänner 1932 verlegt wird. Aus dem gleichen Grunde wurde der Sonderausflugszug nach Kolbau und auf den Stürmer auf den 27. Dezember verlegt.

„Frau Baumeister Köhler aus Hamburg.“ In verschiedenen Städten Nordwestböhmens tauchte in der letzten Zeit eine Schwindlerin auf, die sich als eine Baumeistergattin Köhler aus Hamburg ausgab, sich als Graphologin betätigte und nebenbei an kranke Personen für teures Geld sogenannte Medikamente verkaufte, zusammengebranntes Zeug, das bei einem wirklichen Wert von zwei bis drei Kronen von der geschäftstüchtigen Betrügerin mit je 100 Kr und mehr veräußert wurde. Auf Grund mehrerer gegen die „Frau Baumeister“ erstatteten Anzeigen schickte die Polizei nach der Gaumerin und konnte sie in Komotau festnehmen. Selbstverständlich hatte sich die Dame ihre Staudesbezeichnung eigenmächtig zugelegt, weil sie — nicht mit Unrecht — angenommen hatte, damit den einfachen Provinzler mehr zu imponieren. Die Schwindlerin ist eine in Deutschland gebürtige und nach Wien zuständige, wiederholt mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommene Frau, die nunmehr, wie uns berichtet wird, dem Komotauer Bezirksgerichte eingeliefert wurde.

### Beilieres.

Fadel.

Zwei Tröpfe, einer ein Optimist, einer ein Pessimist, saßen in einem Eimer mit Milch.

Darum fürchterliches Geschrei des Pessimisten: „Er habe es ja immer gewußt, daß nichts mehr zu retten sei — und da hätten sie nun die Überlegung — und es hätte gar keinen Zweck, sich noch dagegen aufzulehnen, sondern man müßte eben alles über sich ergehen lassen.“

Wetten dieser seiner Ansicht gibt er den Kampf auf und erkauft in der Milch. —

Der Optimist dagegen verliert nicht den Mut, im Gegenteil, er beginnt zu paddeln und paddelt und paddelt — und paddelt — und die Milch wird dicker und dicker — dicker und dicker — — und mit einem Male sieht er auf der Butter!

Die Fahrt.

Es war kurze Zeit vor Weihnachten. Im Zuge saßen ein junges Mädchen und ein junger Herr, die nicht zueinander gehörten. So ein hübsches, liebes Mädchen, mit roten Wangen und verträumten Augen. Zum Ansehen hübsch.

„Ich freue mich auf Köln“, piepste das Mädchen. „Kann ich verstehen, Köln ist eine schöne Stadt.“

„Und der Tom, und der Abin und die Adlke Wein. Ah, wie ich mich freue!“

„Aber wie? denn?“

„Weil Sie im Zuge nach Königsberg sitzen.“ (Aus dem „W.“)

### Für Funktionäre der Selbstverwaltung.

#### Revision des Gemeindehaushaltes.

Frage: Kann die Bezirksbehörde in Abwesenheit des Bürgermeisters und des Gemeindefekretärs, aber in Anwesenheit des Bürgermeisterstellvertreters eine Revision des Gemeindehaushaltes durchführen?

Antwort: Nach § 18 der Gemeindefinanznovelle Nr. 329/1921 obliegt es der höheren Aufsichtsbehörde von Amts wegen wenigstens einmal in vier Jahren sich von dem Stande des Haushaltes der Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern oder der über ein größeres Vermögen verfügenden Gemeinden zu überzeugen bzw. eine sachliche Revision entweder des ganzen Haushaltes oder eines seiner Zweige durchzuführen, namentlich wenn der Verdacht einer unrichtigen Gebarung vorliegt. Hierbei können nach den Umständen des Falles auch die Organe der unmittelbaren Aufsichtsbehörde verwendet werden. In den übrigen Gemeinden wird die Revision von der unmittelbaren Aufsichtsbehörde (Bezirksbehörde) durchgeführt. Aber auch in diesen Gemeinden kann die höhere Aufsichtsbehörde jederzeit eine Revision vornehmen. Der Gemeindevorsteher ist verpflichtet, den revidierenden Organen alle erforderlichen Befehle, namentlich auch die Protokolle über alle Sitzungen des Gemeinderates, der Finanzkommission und der Gemeindevertretung vorzulegen. Außerdem sind alle öffentlichen autonomen und staatlichen Behörden verpflichtet, die revidierenden Organe bei Ausübung der ihnen übertragenen Aufgaben wirksam zu unterstützen, insoweit dem nicht ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Im gegebenen Falle ist anzunehmen, daß die Revision auf Grund einer Anzeige von Wählern und Steuerträgern durchgeführt wurde. Es hindert die Durchführung der Revision nicht, daß der Bürgermeister dabei nicht anwesend war, es genügt, daß der Bürgermeisterstellvertreter den revidierenden Organen den Zutritt zu den Akten ermöglicht. Es wird auch dagegen rechtlich nichts eingewendet werden können, daß die Bücher und Belege von den revidierenden Organen aus der Gemeindefanzlei mitgenommen wurden wenn die Organe es für die ordentliche Durchführung der Revision für notwendig hielten. Voraussetzung der Durchführung der Revision war nur, daß sich die Revisionsorgane mit einem bestimmten Auftrage ihrer Behörde ausweisen konnten. Der Bürgermeisterstellvertreter hatte das Recht, die Vorlage eines solchen Auftrages zu verlangen und er hätte, wenn die Revisionsorgane ihre Legitimation nicht vorweisen hätten können, die Revisionsdurchführung verweigern können.

Wittellung aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen...

Zwanzig Prozent Weihnachtsnachlass gewährt...

Weihnachtslieder - Weihnachtsstimmung. Der Rundfunk, die schönste Schöpfung menschlichen...

Feuerfichere Weihnachtskerzen. Unter den Festsymbolen des Jahres nimmt das Weihnachtsstübchen eine besondere Stellung ein...

Selektivität und Qualität...

mit den neuen „Super Inductance“-Empfängern! Daß eine Verbindung dieser beiden Begriffe...

Unentgeltliche Beratungsstunden der Arbeiterversicherung...

PRAGER ZEITUNG.

Goldene Worte der goldenen Jugend

wie auch des ihr entsprechenden Alters, das im „Montagsblatt“ zu Worte kommt...

Die Verfasser dieses Büchleins, diese „jungen Talente“, die ihr Talent aus den Talenten...

„Wenn wir leben, wollen wir zu spielen glücklich sein; wenn wir leben, sollt ihr uns nicht hören...“

Wir hätten den Worten dieser Jugend die volle Rücksichtung geschenkt, die sie verdienen...

Die bürgerliche Presse unterdrückt natürlich die Treiben der jublierenden „Pädagogik“...

... Noch die dümmste Plattheit der mitjublierenden Pubertätsdichter...

Die Verpflegung für Schulkinder wird, nach einem Beschluß der gestrigen Stadtratung...

Gerichtssaal

Der wirkungslose Schandparagraf.

Prag, 11. Dezember. Drei Angeklagte: ein achtzehnjähriges Mädchen, das die ganze Verhandlung vor sich hinweint...

Auch die Erstangeklagte ist um Haarsbreite dem Tode entgangen. Unschuldig und unfauber...

Ein Mann der „Ordnung“.

Prag, 11. Dezember. Es ist bekannt, daß Leute, die im Privatleben den Topus des harmlosen Spielers verkörpern...

Als er eines Abends im Mai d. J. aus der Pilsener trat, um nach Hause zu gehen...

26. čsl. Klassenlotterie beginnt am 15. Dezember 1931

Die Hälfte der Lose gewinnt. Die mittleren Treffer abermals vermehrt...

Table with lottery prizes: 1,500,000 Kč, 1,000,000 Kč, 300,000 Kč, 6 Treffer von Kč 100.000 bis Kč 200.000...

Die Summe aller Gewinne: 41,895.360 Kč

Die čsl. Klassenlotterie hat bisher an Treffern ausgezahlt:

940,624.810 Kč (über 940 Millionen Kč).

taumelte, in eine sechs Meter tiefe Lehmgruhle stürzte und den Arm brach...

Es wurde ein teurer Spaß für den über-eifrigen Diener seines Herrn. Eine Zivillage des Beschädigten ist Gegenstand eines Prozesses...

Vorträge und Veranstaltungen

„Investitionsarbeiten als Mittel zur Vinderung der Arbeitslosigkeit“ war das Thema eines Vortrages...



Elektrische Weihnachts-Kerzen tropfen nicht, sind leicht anzubringen, billig, da nur einmalige Anschaffung...

# P. T. Vereinen und Wohltätern

verkaufen wir zu  
Weihnachtsbescherungen  
Herren- und Knaben-  
Kleidung  
sehr billig.

## Stránský,

Hybernská.

liche Rentabilität zu überleben, welche oft von größerer Wichtigkeit ist. Ohne die Staatskasse fähiger zu belassen, könnten Mittel für Investitionen auf verschiedene Weise beschafft werden: staatliche Anleiheaktionen, Eisenbahnobligationen, Freimachung der Mittel der Sozialversicherungsinstitute, Hilfe für die Selbstverwaltung durch andere Vorhaben bei Bewilligung von Anleihen, Steuer von unverbautem Grund, Konvertierung der Selbstverwaltungsschulden usw. Administrative Vorkehrungen, durch welche die Investitionstätigkeit erleichtert werden könnte, wären Abänderung der Erledigung der Projekte, schnellere Beurteilung vorgelegter Pläne durch die Behörden, Schaffung einer besonderen parlamentarischen Kommission für Investitionen, Verkürzung der Frist für Vorlegung und Kollaudierung der Pläne usw. Notwendig wären einige Gesetze, welche die Voraussetzungen für Investitionen bilden, und zwar eines Gesetzes über den Fonds für Volksgesundheit, eines Markthalengesetzes, des Schulgesetzes für die Slowakei und Korporationsland, eines neuen Gesetzes über die Elektrifizierung des flachen Landes, Waldrestorationen und Kommissationen, Refaktisierung der durch den Bergbau verunfallten Gebiete. Zweckmäßig und energisch durchgeführte Investitionspolitik würde Hunderttausenden neue Arbeit geben.

## Kunst und Wissen

**Dupředa gestorben.** Auf seinem Landgut bei Meran starb im 88. Lebensjahr nach längerer Krankheit Georg Freiherr von Dupředa, Verfasser zahlreicher Unterhaltungsdromane und Schilderer einer langsam untergehenden adeligen Großstadtgesellschaft.

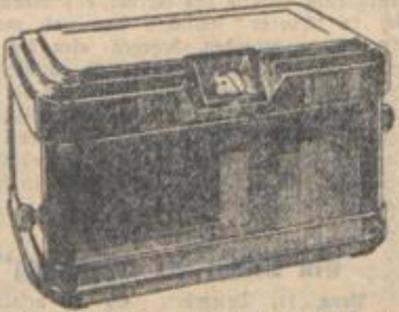
**Nathan Milstein.** (Konzert — Lucerna.) Kein Virtuose, keiner der Künstler — nein einer von denen, die Kunst schaffen, ein Künstler in diesem guten Sinne, ein Musiker subtilsten Geschmacks. Nach Beethoven und Brahms (Sonaten D-Dur) Goldmark (Violinkonzert A-Moll), der dem Temperament Milsteins besonders liegt. Im zweiten Teil dann kleine „Konzertstücke“, wie sie im „abendsfüllenden“ Programm des Instrumentalabends nicht fehlen können. Aber auch diese brillierende Musik nicht mit propädeutischer Technik, „schmissig“ hingelegt vor ein staunendes Publikum — nein — ohne Eitelkeit, ohne Hasten nach dem äußeren Effekt als Kunst von innen heraus gestaltet. So blieb selbst Schumanns „hypermoderner“ „Chant de Nazane“ — ein weltliches Lied und Koboldes „Ballade“ — ein Tanz. Daß Schumanns „schwebende“ „Träumerei“, so gespielt, fesselt, beweist, was dieser Geiger vermag. Daß den großen Lucerna-Saal fast ständige Publikum spendete begünstigt den Erfolg und endlich Milstein erst nach zahlreichen Dreingängen, von denen ein „Debussy“ Technik und Formreichtum dieses Geigers besonders herausstellte. Ein Abend schöner Musik, ein Geiger, der zu den Meistern gehört, so mehr als das, unter den Meistern heute schon einer der ersten ist! Dr. C. W.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute Sonntag, 6 Uhr: „Diegabel“, dritte Vorstellung im Ring-Parade (Seriensprung 50—11). — Morgen Sonntag, halb 8 Uhr: „Schneider-Gedächtnis“, neuinszeniert; „Professor Bernhardt“, Komödie von Zankler (48—14). — Montag, halb 8 Uhr, zum 10. Male: „Dieblich, Adieu“, musikalisches Lustspiel von Bertuch, Sachs und Rosen (19—1). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Das Netz“, Oper von Hüner (51—11). — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“, Komödie von Dornow (52—14). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“ (Seriensprung 54—10). — Freitag, halb 8 Uhr: „Dieblich, Adieu“ (55—11). — Samstag, 6 Uhr: „Gärtnerdämmerung“, vierte Vorstellung im Ring-Parade (56—1). — Sonntag, nachmittags halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“ (weltanschauliche Preise); abends halb 8 Uhr: „Lorca“, Oper von Puccini (56—14). — Montag, halb 8 Uhr: „Professor Bernhardt“ (57—1).

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Sonntag, 8 Uhr: „Rino“, Komödie von Bruno Fran-



Es lag wie eine dunkle Wolke über Europa. Ein Chaos von Schwingungen erfüllte den Äther. Unmöglich schien es, Klarheit zu gewinnen — „eine“ Stimme allein aus dem Wirrwarr rein zu lösen ... Da brach eines Tages Licht durch die Wolke. Hell und klar wurde es über Europa. Die PHILIPS-„Super-Inductance“-Empfänger brachten Ordnung in den Äther — das Problem war gelöst: Höchste Trennschärfe und beste Wiedergabe zu verbinden!



## „SUPER-INDUCTANCE“-EMPFÄNGER PHILIPS 720

EINE UMWALZUNG IM RUNDFUNKEMPFANG!  
PHILIPS 730, dasselbe Gerät mit eingebautem, neuartigem elektrodynamischem Lautsprecher.  
PREIS Kč 3.975.—  
Preis . . . . . Kč 5.350.—  
Den heutigen Rundfunkverhältnissen angepaßt.  
Fa. „PHILIPS“, Prag II., Karlovo nám. 8.  
Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_  
Senden Sie mir Ihre Radioprospekte.

**Sport • Spiel • Körperpflege**  
**Durchgreifende Kontrollaktionen im Arbeiter-Turn- und Sportverband.**  
In den letzten Jahren hielt der „Atus“ in allen Bezirken des Verbandes Kurse und Schulen für die verschiedenen Funktionen ab, in denen von der Verbandsleitung nicht nur die Lehrer gestellt, sondern auch die wesentlichen Kosten für die Kursleiternehmer getragen wurden. In diesem Jahre finden nun an Stelle dieser Kurse Kontrollen der Vereine statt, die von Funktionären der Verbandsleitung vorgenommen werden. Die Vereine haben alle ihre für die Führung der administrativen Geschäfte notwendigen Bücher und Belege der Kontrolle vorzulegen. Geprüft wird, ob die in den letzten Jahren geleisteten Neuerungen in den Vereinen eingeführt sind und die Vereinsverwaltung den Anforderungen an eine moderne Vereinsgeschäftsfüh-

rung entspricht. Ueber die Durchführung der Kontrolle wird ein schriftlicher Befund aufgenommen, um eine allgemeine Uebersicht über die Ordnung, finanzielle Lage und Aktivität der Vereine zu bekommen. Vereine, die zur Kontrolle nicht erscheinen, werden über Antrag der Verbandsleitung durch die Kreis- und Bezirksleitungen aufgezeigt und kontrolliert. Die Kosten dieser Kontrollen müssen dann von den Vereinen getragen werden.

**Das erste Motorflugzeug der österreichischen Arbeiterflieger.** Der Segel- und Flugsportverein Linz, der bereits drei flugfertige und zwei im Bau befindliche Segelflugzeuge besitzt, hat für eine wertvolle Bereicherung seines Fahrzeugparkes erhalten. Der Flugzeugkonstrukteur Erich A. Weindl hat diesem Verein ein Motorflugzeug übergeben. Die Maschine ist ein freitragender Hochdecker mit am Ende hochgezogenem, druckfestem Clarkprofil und ovalem, zweiflügeligem Rumpf. Die Flügel sind einholmig, haben Spreizholme und sind mit Stoff bespannt. Das Fahrgerüst hat Schwingachsen und ist mit einer sehr weichen Spiralfeder und Gummischellen abgedeckt. Zum Antrieb dient ein 35-PS-Anzani-Motor, der später durch einen härteren Motor ersetzt werden soll. Das Flugzeug hat eine Spannweite von zehn Metern, 6,2 Meter Länge, ein Leertgewicht von 240 Kilogramm und eine Reisegeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern.

**Bischöfe gegen das Frauenturnen.** Vor einigen Wochen hat ein Frauenturnfest in Memmingen im Allgäu stattgefunden. Das erzbischöfliche Ordinariat in München hat dagegen eine Warnung erlassen, in der es heißt: Den Schrittmachern des Turnfestes kann es nicht unbekannt sein, daß die deutschen Bischöfe das öffentliche Schauturnen von

Frauen und Mädchen verboten haben. Lediglich unentgeltliche Turnveranstaltungen widerstreiten der öffentlichen Ordnung, verstoßen gegen die öffentliche Ordnung und sind öffentliches Verbot. Die Bischöfe von Bayern fordern Warnung und Verbot. In Fragen des Bewusstseins kann keine Stadt- und Schulbehörde Ja sagen, wenn die Oberbischöfe Nein sagen.

**Vereinsnachrichten**  
**Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.** Risiko-Unterhaltung der D. D. Praga II. hal., heute Sonntag, 8 Uhr: „Reno“ im Heim auf der Pegasus. Wir erfinden unsere Mitglieder, den Besuch dieser Veranstaltung des tschechischen Bundesvereins als einen Akt der Solidarität anzusehen und erwarten eine zahlreiche Teilnahme.

**Centralbank der deutschen Sparkassen in der Cechoslovakischen Republik.**  
Hauptanstalt: Prag II., Bredaergasse 14.  
Zweigniederlassungen: Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, Ústí nad Labem, Trautmann, Troppan.  
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Eduard G. ... Druck: ...